

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 7

Artikel: Liquidation des Imperialismus
Autor: Gerteis, Martel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liquidation des Imperialismus

Die Redaktion der «Roten Revue» überläßt dem Genossen Gerteis die volle Verantwortung für seine Auffassung über die Rolle des Kolonialismus in der Vergangenheit wie in der Gegenwart.

J. H.-D.

In einem kleinen Geisterschloß, in der «Abgeschiedenheit» der romantischen Landschaft Südenglands, trafen wir uns, um 14 Tage lang über das Verhältnis zwischen Europa und den neuen Nationen in Afrika und Asien zu diskutieren, erstklassige Fachleute anzuhören und sie ins Kreuzverhör eines «Interviews» zu nehmen. In diesem «Wilton Park»*, einem kleinen, aber sehr wirkungsvollen Zentrum europäischer Verständigungsbereitschaft, bildeten wir zusammen mit den «Lehrern», zur Hälfte aus Labourleuten und zur Hälfte aus «fortschrittlichen Konservativen» zusammengesetzt, ein kleines Team, das sich mit der, wenn man so sagen will, «Liquidation» des britischen Imperiums, mit den brennenden Fragen von Algerien, Zypern, Indien; mit Ghana, Indonesien, Südafrika; mit ökonomischer, technischer und militärischer Hilfe an unterentwickelte Länder, mit Weltstrategie und sozialen Fragen intensiv beschäftigte. Da die Teilnehmer aus den verschiedensten europäischen Ländern stammten, und da die Referenten die sich heute stellenden Fragen von den verschiedensten Seiten beleuchteten, gelang uns ein wirklich in die Tiefe gehendes Vordringen in den Fragenkomplex. Zudem umfaßte die Liste der Persönlichkeiten, mit denen wir in Kontakt gebracht wurden, Leute wie den Labourpolitiker James Griffiths, andere britische Parlamentsmitglieder, Sir Olaf Caroe (ehemaliger Gouverneur der «North-West Frontier Province» von Britisch-Indien), Sir Paul Sinker, Direktor des British Council («Sekretär» des Commonwealth), Prof. B. Vlekke (Generalsekretär des Niederländischen Institutes für Auslandsangelegenheiten), Sir John Slessor, ehemaliger Luftmarschall der Royal Air Force, ferner Professoren und Journalisten, wie zum Beispiel den bekannten Radiokommentator der BBC, Lindley Fraser, usw.

Die Fülle der Informationsmöglichkeiten

war beinahe unerschöpflich, und es ging keineswegs darum, etwa den Teilnehmern die britische Auffassung von moderner «Kolonialpolitik» beizu-

* «Wilton Park»: Eine vom britischen Foreign Office finanzierte, jedoch weitgehende akademische Freiheit genießende Institution zur Förderung der freien Aussprache über gemeinsame Probleme der europäischen Länder. «Wilton Park» wurde während des Krieges ins Leben gerufen als Forum für Gespräche zwischen Engländern und deutschen Kriegsgefangenen. Nach dem Kriege wurde das Institut auf europäischer Basis weitergeführt.

bringen. Das ging nicht nur daraus hervor, daß Labourpolitiker und Konservative gleichermaßen zum Wort kamen, sondern zum Beispiel auch aus der Tatsache, daß einer der Referenten niemand anderer war als Gabriel D'Arboussier, ein «Schwarzer», Speaker der Nationalversammlung von Französisch-Westafrika.

Der Querschnitt durch die heute herrschenden Auffassungen in Europa zur Liquidationsperiode des Imperialismus und die geistige Haltung der ehemaligen Kolonialländer gegenüber Europa, der vor uns ausgebreitet wurde, war derart mannigfaltig, daß man darüber ein Buch schreiben könnte. Es kann sich hier nicht darum handeln, das Gehörte zusammenzufassen, was sehr interessant wäre, sondern ich will mir vielmehr Mühe geben, durch einige Andeutungen eines ganz klar herauszuschälen:

Es ist ein Unsinn, über die heutige Entwicklung des Imperialismus und über die Entwicklung der ehemaligen und noch verbleibenden Kolonien in

Schlagworten, Verallgemeinerungen und in Schwarzweißmalerei

zu sprechen. Die «Liquidationsprobleme» sind von einer derartigen Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit, daß wir unser Denken nur selber einnebeln, wenn wir das tun würden – sogar wenn wir ehrlich bestrebt wären, eine «allgemeine Formel» zu finden, denn es gibt keine solche allgemeine Formel. Die Tendenz zu vereinfachter Darstellung und zur Verallgemeinerung ist es denn auch, die uns immer wieder vor große Überraschungen stellt, wenn wir sehen, wie die tatsächliche politische und ökonomische Entwicklung weit von unserem Wunschdenken abweicht.

Das «schwarze» Bild

Ich will, um das zu verdeutlichen, eine knappe Darstellung einer solchen Verallgemeinerung geben. Sie besteht etwa darin, daß man sich vom Imperialismus und vom Kolonialismus folgendes Bild macht: Die imperialistischen Mächte – zum Beispiel Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien usw. – teilten die Welt unter sich auf, um die Reichtümer überseeischer Gebiete für sich auszubeuten. Zu diesem Zwecke wurden die Eingeborenen durch die besser ausgerüsteten Truppen des Westens unterworfen. Die Missionare machten sich an die Bekehrung der Schwarzen, Braunen und Gelben, verschleppten die Neger als Sklaven in ihre Heimatländer, begannen die Gold- und Diamantenlager auszubeuten, das Öl anzubohren und die billige Arbeitskraft der unterentwickelten Länder auszubeuten. Nach kommunistischer Phraseologie erwachen nun diese Völker zum Klassenbewußtsein und jagen die Ausbeuter davon. Einmal die Ausbeuter zum Lande hinausgejagt, können diese Völker dann daran gehen, eine eigene, nationale Kultur aufzubauen, ihr Land zu industrialisieren, den allgemeinen Wohlstand zu

heben, um als gleichberechtigte Partner neben die Weltmächte zu treten. Die Imperialisten aber, die durch die Ausbeutung der Kolonien reich geworden sind, leisten diesem Freiheitsstreben, das sich zunächst als Nationalismus manifestiert, erbitterten Widerstand. Nur die Furcht vor der Sowjetunion hindert sie daran, durch weitere blutige Kriege die Kolonien unter ihrer Botmäßigkeit zu halten, so daß sie nun, durch die freiheitsliebenden Völker in den unterentwickelten Ländern, die zu den Waffen greifen, gezwungen werden, eine Position um die andere aufzugeben. Durch Bestechung von Scheichen, Häuptlingen und lokalen Diktatoren versuchen sie sich noch zu halten, aber die unterdrückten Völker wissen, daß der Weiße Mann sein Spiel ausgespielt hat. Es kann sich nur noch um eine Frage der Zeit handeln, bis das Ausbeuterregime völlig liquidiert ist.

Das ist etwa das Bild, das man sich landläufig vom Imperialismus macht. Dazu kommt noch die Abart des «amerikanischen» Imperialismus, der zwar auf die Eroberung der Territorien verzichtet, dafür aber seine Kapitalisten als Kolonisatoren ausschickt, Kapital in den Erdölgesellschaften, Plantagen, Waffenfabriken und Elektrizitätswerken investiert und auf diese Weise die unterdrückten Völker ausbeutet. Auf dem Wege der Nationalisierungen versuchen diese ausgebeuteten Völker, sich auch von diesem Joch zu befreien.

Das «weiße» Bild

Ein völlig anderes Bild entwickelt der «Imperialist» von seiner «Mission» gegenüber den unterentwickelten Völkern. Auch dieses Bild ist verallgemeinert und widerspricht gröblich den Tatsachen. Ich will in einem folgenden Abschnitt versuchen, dieses mit Sirup übergossene Bild kurz zu skizzieren. Wir wollen nachher, wenn wir uns mit einigen Details befassen, noch auf die tatsächliche Geisteshaltung näher eintreten – vorläufig sei aber immerhin bemerkt, daß – vom «Imperialisten» aus gesehen – dieses «Missions»-Bild keineswegs nur Tarnung für dunkle Absichten war, sondern daß man tatsächlich daran *glaubte* und heute noch zum Teil vorbehaltlos daran glaubt – heute allerdings in größerer Übereinstimmung mit dem tatsächlichen *Handeln*. Es war bezeichnend, daß einer der Referenten im Wilton Park, ein konservativer ehemaliger Kolonialbeamter, rundheraus bekannte, daß er als «Imperialist» erzogen worden sei und stolz darauf sei, ein Imperialist zu sein – denn es komme nur darauf an, was man unter Imperialismus verstehe.

In der Vorstellung des Imperialisten also sieht der Kolonialismus etwa wie folgt aus: Das Mutterland schickt seine Schiffe aus, um Handel zu treiben. («Britain ist a nation of shopkeepers», erklärte man uns – Großbritannien ist eine Nation von Händlern.) Sie laufen überseeische Häfen an und tauschen ihre eigenen Güter gegen solche der angefahrenen Länder aus. Um diese Schiffe und die überseeischen Kolonisten, das heißt die Handelsver-

treten, gegen Piraterie und Raubüberfälle zu schützen, bringen sie Truppen mit und sichern ihre Handelswege durch militärische Stützpunkte. Angegriffen wird niemand, sondern man will nur dafür sorgen, daß die durch den Handel entstehenden Eigentumsrechte geschützt werden. In den überseeischen Gebieten wird zum Teil eine sehr primitive Kultur angetroffen, und man erkennt, daß diese Gebiete durch die primitiven Eingeborenen nicht ohne europäische Hilfe erschlossen werden können. Diese kulturelle und wirtschaftliche Hilfe wird allsogleich in die Wege geleitet. Weiße Bauern und Ingenieure gehen den Eingeborenen an die Hand. Ärzte und Krankenschwestern bringen Hygiene in die Kolonien, pflegen die Kranken und die von Aberglauben geplagten, zerlumpt herumziehenden Eingeborenen, bringen ihre Medikamente mit, sorgen für sauberes Trinkwasser usw. Sie bauen Straßen und Eisenbahnen, um das Land zu erschließen, und der Kolonie zu einem höheren Lebensstandard zu verhelfen. Die Missionare richten Schulen ein und nehmen den Kampf gegen Aberglauben und Analphabetentum auf. Das Mutterland schickt seine Beamten, Lehrer und Professoren in das unterentwickelte Land. Es werden Universitäten und Berufsschulen eingerichtet. Die Landwirtschaft wird aus einem Zustand der Primitivität hinausgeführt und nach westlichem Muster intensiviert. Der Weiße Mann zeigt dem Eingeborenen, wie er sich kleiden soll und wie man Häuser baut. Er verhindert die sich in blutigen Fehden und Religionskriegen bekämpfenden einzelnen Stämme und Volksgruppen daran, sich gegenseitig zu zerfleischen und sich zu ermorden. Aus einer unheilvollen Zerstückelung der nicht lebensfähigen kleinen Wirtschaftsgebiete bildet der Weiße Mann große Wirtschaftseinheiten, die zur Autarkie führen. Die Imperialisten haben nach ihrer eigenen Meinung richtig erkannt, daß zum wirtschaftlichen Aufstieg eines unterentwickelten Landes eine gut ausgebaute «Infrastruktur» gehört (Verkehrsverbindungen, Straßen, Bahnen, Energieversorgung, Schulen, Hygiene, Hochschulen usw.). Vor allem aber gehört es zu den Aufgaben der Kolonisatoren, den Eingeborenen so viel Bildung und Wissen beizubringen, daß diese eine eigene Verwaltung aufbauen können, um ihre Probleme schließlich ohne die westliche Hilfe, das heißt ohne die Hilfe des Mutterlandes, welches Millionen und Millionen in die Erschließung und die technische Hilfe hineinsteckt, lösen zu können. Die ganze Kolonialpolitik des Mutterlandes geht darauf aus, die unterentwickelten Völker reif zu machen, reif zur Selbstverwaltung – und sobald diese Reife erreicht ist, kann man zunächst immer mehr und mehr eigene Truppen zurückziehen, schließlich den Verwaltungsapparat des Weißen Mannes abbauen und vertrauensvoll darauf trauen, daß die unterentwickelten Völker nun ihren eigenen Weg zu vollwertigen Nationen beschreiten, die in der Lage sind, für Ruhe und Ordnung in ihrem eigenen Lande zu sorgen. Jetzt können sich ehemaliges Mutterland und ehemalige Kolonie als gleichberechtigte Partner gegenüberreten, in einem allumfassenden

den Commonwealth of Nations (Commonwealth = res publica, Völkergemeinschaft).

Ich hoffe, mit dieser Gegenüberstellung von zwei Bildern des Imperialismus aufgezeigt zu haben, daß

die Probleme nicht so einfach

sind, wie man sie oft darstellt. Nun kann man natürlich sagen: Das zuerst gezeichnete Bild von den imperialistischen Ausbeutern ist richtig – das vom Imperialisten gezeichnete ist pure Propaganda. Das wird man besonders dann tun, wenn man, koste es, was es wolle, ein eigenes, einem ins eigene Gedankengebäude passendes Bild unter allen Umständen braucht, um den Beweis dafür zu erbringen, daß man auf der Seite der Wahrheit steht. Die einen wie die andern können Beispiele noch und noch für die Richtigkeit ihres «Bildes» bringen. Die Wirklichkeit aber liegt, oder lag – denn wir befinden uns ja in der Periode der Liquidation des Imperialismus – irgendwo in der Mitte. Wie falsch es wäre, weiterhin an einem schwarzen oder an einem weißen Bild festzuhalten, das sehen wir an den Beispielen von Indien oder von Ghana – beides ehemalige britische Kolonien. In beiden Fällen sind die Briten nicht «aus dem Lande hinausgeworfen» worden, sondern sie sind freiwillig, von sich aus, abgezogen, und es ist Unsinn, wenn die kommunistische Propaganda heute weismachen will, das Volk von Ghana habe sich nach einem «unablässigen Kampf für seine Freiheit nun vom Joch der Okkupanten befreien können». In beiden Fällen stellen wir nämlich heute fest, daß die ehemaligen Kolonialvölker heute freiwillig, ohne irgendwelchen Zwang und ohne dazu verpflichtet gewesen zu sein, Mitglieder des britischen Commonwealth sind. Mit den ehemaligen «Ausbeutern» verbindet beide Völker eine herzliche Freundschaft. In Indien gibt es heute mehr Engländer als je zuvor – und alle werden als Freunde betrachtet. Die englische Sprache ist nach wie vor die Verwaltungssprache in Indien, und sie wird es bei dem herrschenden Sprachenwirrwarr wahrscheinlich auch bleiben.

Die tatsächlichen Verhältnisse

sind eine Mischung der beiden geschilderten Bilder. Es gibt viele schwarze Seiten im Buche des britischen Imperialismus und in der Kolonialgeschichte anderer früherer imperialistischer Staaten. Was den britischen Imperialismus anbelangt, so ist vorwiegend doch die positive Seite im Vordergrund gestanden – und es wäre auch nur deshalb gewesen, weil die Briten eine außerordentliche Fähigkeit haben, die Tatsachen im rechten Moment zu erkennen und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Einmal haben sie es nicht getan – und ihre Kolonien in Nordamerika verloren. Zwischen der Politik der britischen Regierung und derjenigen ihrer Individuen, der einzelnen

Kolonialisten und Kapitalisten, besteht allerdings in der britischen Kolonialgeschichte ein Unterschied, und noch mehr trifft dies auf die Kolonialgeschichte anderer Mutterländer zu, zum Beispiel der holländischen, wo man uns schlankweg erklärte, die «Apartheid» in Südafrika sei etwas so völlig unholländisches, daß man in den Niederlanden nur noch den Kopf schütteln könne über diese Verirrungen religiösen Ursprungs («Gott hat die Dinge voneinander getrennt, den Tag von der Nacht, den Himmel vom Wasser – also auch die Weißen von den Schwarzen, und wenn Gott gewollt hätte, daß Weiße und Schwarze zusammenleben, dann hätte er allen die gleiche Hautfarbe gegeben.»)

Wenn uns aber – ohne Rücksicht auf das, was es an «schwarzen» Epochen in der britischen oder einer andern Kolonialgeschichte gegeben hat – heute die Politiker der Mutterländer erklären, daß sie durchaus die Absicht haben, bei der nötigen «Reife» der eingeborenen Völker diesen das

Selbstbestimmungsrecht

zu geben, und daß man nur noch im Lande bleibe, um technische, kulturelle und erzieherische Hilfe zu geben, bis diese Reife erreicht sei, dann kann man diesen Politikern und den Regierungen durchaus Glauben schenken. Es ist so – und die zum Teil erstaunlichen Opfer, die die Mutterländer aufbringen, für technische, wirtschaftliche und erzieherische Hilfe für ihre Kolonien, beweisen es. Und in mehr als einem Fall wäre im Grunde genommen das Mutterland erheblich reicher, wenn es nicht mit der Hypothek der Verantwortung für die überseeischen Gebiete belastet wäre – der Verlust von Indonesien macht zum Beispiel den Niederlanden gar nicht solchen Kummer, wie man oft meint. Von «Ausbeutung» war hier schon längst keine Rede mehr, sondern im Gegenteil von «unnützem Verlochen» von Kapital aus dem Mutterland, das man zuhause sehr gut brauchen könnte. Natürlich geht es in solchen Fällen auch um das Prestige . . . aber doch vorwiegend um Verantwortungsbewußtsein.

Wenn zum Beispiel die Briten gezögert haben, aus Indien abzuziehen – das Verdienst der Labourregierung wird hier oft übertrieben, die «Kolonialpolitik» Labours unterscheidet sich eher *graduell* von der konservativen Kolonialpolitik –, so hatte das Prestige überhaupt keine Rolle gespielt, sondern das Zweifeln daran, ob nach dem Abzug nicht ein furchtbarer

Krieg unter der Bevölkerung

des indischen Subkontinents ausbrechen werde. Und in der Tat sind denn auch schon nach dem Abzug der Briten einige Millionen Menschen durch den «heiligen» Krieg ums Leben gebracht worden, durch Mord und Totschlag, und weitere Millionen wurden entwurzelt und «umgesiedelt», bis

schließlich durch die Teilung in Indien und Pakistan die Lage einigermaßen konsolidiert war. Oder Ceylon: Natürlich kann man darüber jubeln, daß Ceylon heute selbständig ist. Die Briten im Lande haben aber immerhin verhindert, daß sich die Buddhisten und die Hindus gegenseitig die Köpfe eingeschlagen haben. Heute richten sie sich gegenseitig ein Blutbad an. Daß da die «Imperialisten» mit einer gewissen Berechtigung die Frage stellen, ob die «Reife» für die Selbstregierung vorhanden gewesen sei, ist verständlich.

Aber sogar, um ein weiteres Beispiel für diesen Aspekt der kolonialen Liquidation zu geben, sogar auf Zypern stellt sich das Problem ähnlich. Wir haben konkret an verschiedene der in Wilton Park auftretenden Persönlichkeiten die Frage gerichtet, ob

Zypern

für die britische Strategie ein sine qua non sei. Mitnichten, wurde uns geantwortet. Die zypriotischen Häfen seien alle zu seicht, um von großen Kriegsschiffen angelaufen zu werden, so daß alle Verladeaktionen sehr kompliziert seien; und auf Zypern als Luftstützpunkt sei man nicht angewiesen. Wenn also der Friede hergestellt werden könne durch den Abzug der Briten, dann bitte – morgen schon. Ein Abzug der Briten ohne irgendeinen «Zypernplan» würde aber bedeuten, daß die Griechen die Türken auf blutige Weise ins Meer hinauswerfen würden. Und Malta? Nun, die Malteser protestieren heftig gegen den Abzug oder auch nur gegen die Einschränkung der britischen Truppenbestände... denn die Malteser leben von den britischen Marinewerften.

Bevor wir uns noch kurz mit dem Algerienproblem befassen, sei hier angedeutet, worin das

Britische Commonwealth

eigentlich besteht. Die ihm angeschlossenen Nationen (Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Pakistan, Ceylon, Rhodesien, Nyassaland und Ghana) sind selbständige Staaten, mit eigenen Regierungen und eigenen diplomatischen Vertretungen im Ausland, also auch mit selbständiger Außenpolitik. Einige davon anerkennen als Staatsoberhaupt die Königin von England, was aber nur symbolische Bedeutung hat. Was aber ist das «Commonwealth»? Man möchte es am besten mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund vergleichen: Die einzelnen Verbände (Staaten) sind völlig selbständig. Aber sie schließen sich zusammen, auf freiwillige Weise und ohne geschriebenen Vertrag, um gemeinsame Probleme zu lösen. Die Vorteile der Zugehörigkeit zum Commonwealth bestehen vor allem in einem umfangreichen Austausch von Informationen, und daneben bestehen einige ständige «Räte», für Transportfragen, für Handelsfragen, für gemeinsame Forschung, für Universitätsfragen usw. Die Vorteile sind durchaus

gegenseitig, und gerade deswegen – bei einer formell sehr losen Bindung – hält das Gebilde auch relativ fest zusammen. Die englische Sprache ist ein weiteres Bindeglied.

Einen ganz anderen Weg ist nun

Frankreich

gegangen mit Algerien – nicht den Weg zur Selbstverwaltung mit anschließendem freiwilligem Zusammenschluß der gleichberechtigten Partner, sondern den Weg der *Integration* mit dem Mutterland. Es fehlt uns der Platz, die Verhältnisse näher zu schildern, und die gegenwärtigen Ereignisse sind ja bekannt. Nur eines: Es wäre auch hier ein Fehler, den Ton der kommunistischen Propaganda anzuschlagen und von einem «Befreiungskrieg der ausgebeuteten Algerier gegen die französischen Ausbeuter» zu sprechen. Auch hier stoßen wir auf eine große Buntheit des Bildes, und niemand wird bestreiten können – es sei denn aus Freude, durch seine Propaganda die Politik des Kommunismus zu unterstützen –, daß die Franzosen in Algerien Großes geleistet haben. Frankreich könnte wahrscheinlich leben ohne Algerien, aber Algerien nicht ohne Frankreich (oder einen anderen Investor). Das zeigt sich bereits in Tunesien, wo Bourguiba in Schwierigkeiten kommt, wenn er weiterhin auf seine Ratgeber hört, die ihm einflüstern: «Lieber verhungern, als mit den Franzosen Geschäfte betreiben.» Die Not ist bereits heute schon erheblich, und ein großer Teil des Volkes denkt an die doch noch «guten alten Zeiten» der Franzosen zurück.

Bei Algerien stoßen wir nun – und dieser Frage sei ein letzter Abschnitt gewidmet – auf das Problem, das wir bis jetzt absichtlich beiseite gelassen haben: die systematische

Ausweitung der Einflußsphäre des sowjetischen Blockes.

Die «Salamitaktik» der Russen, die nun den absterbenden westlichen Imperialismus durch den Sowjetimperialismus ersetzen möchten (man schneidet Rädchen um Rädchen vom Salami ab, immer nur gerade so viel, daß es sich nicht lohnt, deswegen einen Krieg zu führen), hat den Westen in Alarmzustand versetzt. Die Schwierigkeiten bei der Liquidation des Kolonialimperialismus werden vom Kommunismus geschickt für seine Zwecke ausgenützt – und nicht selten wird eine saubere Lösung dadurch überhaupt erst verhindert. Soll man – so fragt man sich im Westen, den aufkommenden Nationalismus in den unterentwickelten Ländern in Kauf nehmen und den Schauplatz dem Kommunismus überlassen? Dem Kommunismus, der systematisch darauf ausgeht, nun seinerseits die strategischen Schlüsselstellungen zu übernehmen – wenn auch auf wirksamere und oft geschicktere Weise als der Westen? Suez – Libanon – Aden ... es riecht nach Öl! Und eines Tages

– so sagt man sich im Westen, ist dann nicht nur der Imperialismus liquidiert, sondern auch die freie Welt.

Zum Abschluß noch etwas: Man spricht bei uns gerne von

Hilfe an die unterentwickelten Länder –

technische Hilfe, «Marschall-Plan»-Hilfe zur Errichtung einer «Infrastruktur», auf der die unterentwickelten Völker dann eine eigene Volkswirtschaft aufbauen können, Hilfe durch Schulen, durch Austausch von Studenten, Hilfe durch niedrigverzinsliche Darlehen (und der Bedarf dafür ist riesig) usw. Etwas tun wir – gewiß – auch bei uns in der Schweiz in dieser Richtung. Was aber die ehemaligen «Imperialisten» punkto Hilfe tun, das ist ganz gewaltig – und trotzdem ist es noch zuwenig. Die Labourpartei will, wenn sie bei den nächsten Wahlen wieder die Regierung übernehmen kann (was in Großbritannien als durchaus wahrscheinlich angesehen wird), einen Prozent des britischen Volkseinkommens zusätzlich für die Hilfe an unterentwickelte Länder aufbringen. Das ist gar nicht etwa ein populäres Postulat bei den britischen Arbeitern – denn es bedeutet zahlen; Verzicht auf eine steilere Steigerung des Lebensstandards. Aber auch ohne diesen Prozent gehen die «Geschenkinvestitionen» der ehemaligen westlichen «Imperialisten» und der USA sowie auch zum Beispiel von Deutschland, in die vielen Millionen. Vielleicht sollten wir in der Schweiz selber auch noch etwas mehr tun, auch wenn es ans Portemonnaie geht?

Wir verurteilen die imperialistische Ausbeutung bestimmt so scharf wie die kommunistischen Propagandisten. Aber wir sollten es ablehnen, dies mit Schlagworten zu tun. In der westlichen Welt vollzieht sich eine

gewaltige Gesinnungswandlung:

Ausbeutung wird mehr und mehr ersetzt durch solidarische Hilfe. Aus dem Imperium entwickelt sich ein «Commonwealth», das auf gegenseitiger Hilfe aufgebaut ist. Und wer weiterhin dem Bild des Ausbeuter-Kolonialismus anhängt, sieht an den Tatsachen vorbei – genau wie jene – und es gibt noch welche – die die schwarzen Blätter in der Geschichte des Imperialismus schamhaft übersehen wollen.